



Antrag: G3 Vertretung ostdeutscher Perspektiven im Bundesvorstand
Antragsteller_in: Landesverband Thüringen
Eingereicht am: 19.11.2025

Die BDV möge beschließen, die Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

nach ii) Bundesvorstand wird ein neuer Paragraph eingefügt:

§9a

Der Bundesvorstand besteht aus bis zu vier gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern. Es müssen mindestens zwei Geschlechter vertreten sein, wobei auch mindestens ein Mitglied aus einem ostdeutschen Landesverband vertreten sein soll.

Begründung:

Ziel ist es, ostdeutsche Perspektiven institutionell in den Bundesvorstand und auf der Bundesebene einzubringen und die gesellschaftlichen Besonderheiten sowie Erfahrungen der neuen Bundesländer dauerhaft sichtbar zu machen. Die Maßnahme dient der politischen Ausgewogenheit, Vielfalt und Legitimität des BDP auf Bundesebene und soll dabei helfen, westdeutsch dominierte Machtstrukturen abzubauen.

In der bisherigen Praxis waren bereits mehrfach ostdeutsche Perspektiven im Bundesvorstand vertreten, eine verbindliche Regelung gab es jedoch nicht. Dies führt dazu, dass spezifische Erfahrungen, gesellschaftliche Herausforderungen und Problemstellungen der neuen Bundesländer in Entscheidungen auf Bundesebene unzureichend berücksichtigt werden.

Gesellschaftliche Themen in Ostdeutschland, wie demografischer Wandel, strukturelle Ungleichheiten, die politische Ausprägung regionaler Diskurse und die rechte Hegemonie in weiten Teilen Ostdeutschlands, unterscheiden sich teils deutlich von westdeutschen Erfahrungen. Hinzu kommt, dass das Bundesbüro (Buze) in einem westdeutschen Bundesland seinen Sitz hat, wodurch westdeutsche Perspektiven tendenziell stärker in die Strukturen und Entscheidungen des Verbandes einfließen. Die Stimmenkonzentration westdeutscher Landesverbände kann dabei eine Dominanz westdeutscher Perspektiven bewirken.

Eine verbindliche Vertretung institutionalisiert die Einbringung ostdeutscher Perspektiven und stärkt die politische Ausgewogenheit, Vielfalt und Legitimität des BDP. Sie gewährleistet, dass die Belange der neuen Bundesländer dauerhaft sichtbar sind, in alle bundesweiten Entscheidungen einfließen und kann helfen, einer einseitigen Prägung durch westdeutsche Mehrheiten entgegenwirken.